Bremen/Nordrhein-Westfalen

Schnittstellen statt Amtsgrenzen

[19.05.2026] Bremen und Nordrhein-Westfalen wollen den Datenaustausch in der Verwaltung vereinfachen. Eine gemeinsame Plattform soll technische Schnittstellen bündeln, Standards vereinheitlichen und Kommunen bei der Entwicklung digitaler Dienste einbinden.

Bremen und Nordrhein-Westfalen wollen bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung enger zusammenarbeiten. Martin Hagen, Staatsrat beim Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, und Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen, unterzeichneten dafür eine gemeinsame Absichtserklärung zur Weiterentwicklung der föderalen API-Strategie und dem Aufbau einer zentralen API-Plattform.

APIs – die Kurzform von Application Programming Interfaces – sind digitale Schnittstellen, über die IT-Systeme standardisiert kommunizieren können. In der Verwaltung sollen sie den Datenaustausch zwischen Fachverfahren, Registern, Plattformen und weiteren Anwendungen erleichtern. Damit digitale Verwaltungsleistungen nicht jeweils einzeln angebunden werden müssen, wollen Bremen und Nordrhein-Westfalen nun gemeinsame Standards, technische Regeln und wiederverwendbare Schnittstellen stärken. Die Absichtserklärung legt vor allem die Arbeitsteilung zwischen beiden Ländern fest. Bremen soll die Regeln für Governance und Beteiligung entwickeln, Nordrhein-Westfalen die technische Plattform konkretisieren.

Vom Produktfahrplan unabhängiger werden

Ina Scharrenbach sieht im nun verfolgten API-First-Ansatz einen Perspektivwechsel: „Aus staatlicher Sicht geht es bei einem API-First-Ansatz um klare Rollenverteilungen: Der Staat definiert, wann ein Antrag als gestellt gilt, welche Daten erforderlich sind und wie der Zugang rechtlich abgesichert ist. API-First dreht damit das heute vorherrschende Modell, dass Digitalisierung vom Produktfahrplan abhängt, um.“ Standardisierte behördliche Kanäle könnten Wiederverwendbarkeit schaffen, Integrationskosten senken und Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern verringern, so die Ministerin. Martin Hagen verwies zudem auf eine erhöhte Umsetzungsgeschwindigkeit. Es gehe darum, durch die Definition von Schnittstellen und den Betrieb einer technischen Plattform, über die diese dann genutzt werden können, technische Hürden zu verringern. So könnten schneller bessere Dienstleistungen für Bürger und Unternehmen entwickelt werden.

Kommunen und IT-Dienstleister einbinden

Beide Länder sehen gerade Städte, Gemeinden und Kreise als Rückgrat staatlicher Leistungserbringung: Mehr als 90 Prozent der direkten Kontakte zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Verwaltung finden dort statt. Die gemeinsame Strategie sieht einheitliche Standards, klare Governance-Regeln und eine bessere technische Anschlussfähigkeit über föderale Ebenen hinweg vor. Geplant sind unter anderem die Weiterentwicklung der föderalen API-Strategie, der schrittweise Aufbau einer zentralen Plattform, gemeinsame Standards sowie die Einbindung der kommunalen Ebene über Pilotprojekte, Gremien, Workshops und technische Evaluierungen. Auch kommunale IT-Dienstleister,

Fachverfahrenshersteller und weitere Partner sollen systematisch beteiligt werden. Die geplante Plattform soll Schnittstellen auffindbar und dokumentiert bereitstellen. Außerdem sollen Entwicklungs- und Testumgebungen vereinheitlicht, Sicherheitsmechanismen zentral gesteuert und Doppelentwicklungen vermieden werden. Digitale Dienste könnten dadurch nach dem Prinzip „Einmal entwickeln, überall nutzen“ schneller skaliert und über föderale Ebenen hinweg breiter eingesetzt werden.

(sib)

Stichwörter: IT-Infrastruktur, API, Bremen, Nordrhein-Westfalen